

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 12: Das Jahr 1921 : 50 Jahre "Schweizer Monatshefte"

Artikel: Die Welt nach Versailles
Autor: Schneebeili, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162533>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Welt nach Versailles

ROBERT SCHNEEBELI

Vieldeutiger Name

Der Name Versailles evoziert nicht nur die Vorstellung des Bauwerkes, das die Apotheose des absolutistischen französischen Königtums darstellt, sondern auch die Erinnerung an die Proklamation des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 und an den Vertrag vom 28. Juni 1919, der nach dem grauenvollen Geschehnis des Ersten Weltkrieges den Frieden hätte herstellen sollen, aus dem aber neuer Streit entstand, der zwanzig Jahre später zu einem zweiten Weltkrieg führte. Es ist daher nach fünfzig Jahren noch schwierig, das Friedenswerk und die Staatsmänner, die es vollbrachten, leidenschaftslos zu beurteilen. Harold Nicolson, der als junger Diplomat zur britischen Delegation an der Friedenskonferenz gehörte, gibt in seinem Tagebuch seine Eindrücke von der Zeremonie der Unterzeichnung des Friedensvertrages wieder. Wie Verurteilte von der Anklagebank seien nach der Abgabe ihrer Unterschrift die beiden deutschen Delegierten, Hermann Müller und Dr. Bell, hinausgeleitet worden. Nachher folgten die Grossen, Wilson, Lloyd George, Clemenceau. Painlevé, der in unmittelbarer Nähe Nicolsons sass, habe sich erhoben und mit beiden Händen Clemenceaus behandschuhte Rechte ergriffen. «Oui», sagte Clemenceau mit Tränen in den Augen, «c'est une belle journée.» Nicolson war dessen nicht sicher. Mit seinem Freunde Headlam Morley fand er sich darin einig, dass zur Schau getragener Erfolg schmutzig sei: «Success, when emphasised, is beastly.» Würde dieser Tag des Friedensschlusses als «une belle journée» in der Geschichte bestehen bleiben? Oder würde man sich unter nachfolgenden Geschlechtern der Meinung anschliessen, es sei hier ein hohler, falscher, schmutziger Triumph gefeiert worden? Wenn wir nach den Ursachen der Ereignisse forschen, die seither die Welt heimgesucht haben, so stossen wir so oft auf Bestimmungen jener Ordnung, die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen wurde, dass wir meinen, sie hätte anders sein müssen. Dann aber haben wir auch zu fragen, ob sie anders hätte sein können. Darüber wurde in den Jahren nachher leidenschaftlich diskutiert. Hier geht es nicht darum, sondern es soll versucht werden, die politische Situation der Welt zu Beginn der zwanziger Jahre zu skizzieren, als diese Zeitschrift gegründet wurde.

Alle Friedensverträge restaurieren Altes und inaugurieren Neues. Wenn Friede geschlossen wird, sind beide Bestrebungen wirksam: Eine als vor

dem Streit als heil betrachtete Ordnung wiederherzustellen und, um etwas Neues verstärkt, zu verbessern. Der Krieg erscheint als Erschütterung und Unterbruch, der Friede tendiert nach Festigkeit und Ewigkeit. Der Riss, der entstanden war, ist zu schliessen. Aus den Trümmern, die umherliegen, ist das Gebäude wieder zu errichten. Man spricht nicht einfach vom Aufbau, sondern von Wiederaufbau. Aber man geht auch mit dem Bewusstsein zu Werke, es sei jetzt, nach dem Krieg, der Moment, Neues einzuführen und zu schaffen, das anders nicht so rasch und nicht so radikal eingeführt werden könnte. Der Krieg legt Kräfte der Erneuerung frei. Ob diese Erneuerung die Opfer des Krieges wert sei, ist mit dieser Feststellung nicht beantwortet. Wir würden nicht wagen, dies im Hinblick auf einen künftigen Krieg zu behaupten. Und selbst wenn man dem Krieg in der Vergangenheit erneuernde Wirkung zuschreibt, so ist er nicht gerechtfertigt, bleibt er ein heilloses Ereignis. Das Leid über den Verlust, die Erinnerung an erlittenes Unrecht, Hass, Verachtung und Demütigung überschatten Freude und Hoffnung.

Der vorangegangene Krieg

Seit den Kriegen im Gefolge der Französischen Revolution hatte kein Ereignis die Welt so erschüttert wie der Erste Weltkrieg. Lord Grey hatte recht, als er 1914 sagte, die Lichter über Europa seien ausgegangen, sie würden nicht mehr wieder anzuzünden sein. John Maynard Keynes gibt auf den ersten Seiten seines Buches über die wirtschaftlichen Folgen des Friedens eine Skizze der Welt vor 1914, in der all die Vorzüge der Freiheit in der Bewegung von Menschen und Gütern aufgezählt werden. Gewiss kam diese Freiheit in erster Linie den Begüterten zustatten, doch auch die grosse Masse der Bevölkerung kam allmählich in den Genuss eines steigenden Wohlstandes. Der Erste Weltkrieg bedeutete den Anfang vom Ende eines Zeitalters, das vom kapitalistischen Grossbürgertum und dem ihm entsprechenden Kleinbürgertum, vom Nationalismus und dem auf andere Erdteile übergreifendem Imperialismus bezeichnet war. Hinter diesen Schlagwörtern, die keine Begriffe sind, stehen sehr verschiedene Erscheinungen, auf die durch solche Bezeichnungen nur hingewiesen werden kann. Die Rivalität zwischen Grossmächten vorwiegend nationalstaatlicher Prägung, getragen vom Bürgertum, reich dank dem Erfolg kapitalistischen Unternehmungsgeistes, miteinander nicht nur in Europa, sondern in allen Weltteilen konkurrierend, hatte zu diesem Krieg geführt, hatte die einen besiegt und entmachtet, die andern wie jene schwer geschädigt zurückgelassen. Das Besondere an diesem Krieg war der unerhörte Material- und Menschenverschleiss an der starren Front und der Bankrott der Feldherrenkunst gewesen, der Rückgriff aller Mächte auf die gesamte männliche

Bevölkerung, jenes Zwangssoldatentum, das sich nicht im Gefecht, sondern unter dem Trommelfeuer zu bewähren hatte. Die Maschine war mächtiger als der Mensch. Und in einem noch nie dagewesenen Mass wurde der europäische Krieg zum Weltkrieg. Konnte nun der Weltfriede geschlossen werden?

Prinzipien der Friedensordnung: Was waren sie wert?

Um einen Frieden zu schaffen, bedurfte es eines oder mehrerer einander zugeordneter Ordnungsprinzipien. Der Wiener Kongress, der am Ende der napoleonischen Ära zusammentrat, richtete sich nach dem Prinzip der Legitimität. In jedem Glied der dort wieder zu gründenden Staatengesellschaft sollte der legitime Herrscher regieren, den die andern als solchen anerkannten und mit dem in Frieden zu leben sie sich bereit erklärten. Die Garanten dieser Ordnung waren die Mächte der Heiligen Allianz und das ausserhalb stehende siegreiche England. Dem Friedenskongress von Paris am Ende des Ersten Weltkrieges wurden vom amerikanischen Präsidenten drei Prinzipien vorgesetzt: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Demokratie und der Völkerbund.

In den Vierzehn Punkten war den Völkern Österreich-Ungarns die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung in Aussicht gestellt worden (Punkt 10); den nicht-türkischen Nationalitäten des ottomanischen Reiches sollte eine absolute und ungestörte Möglichkeit ihrer autonomen Entwicklung verbürgt werden (Punkt 12); die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer, die Garantie der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit des polnischen Staates und dessen territoriale Integrität wurde postuliert (Punkt 13). Das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg, der Zusammenbruch Österreich-Ungarns, die Niederlagen Deutschlands und der Türkei schufen eigene Voraussetzungen für die Entstehung neuer Staaten, von Finnland im Norden bis nach Jugoslawien im Süden. Bei der vielfältigen Verflechtung und Verzahnung der Völkerschaften und den gegenseitigen Rivalitäten unter ihnen war jedoch die Bestimmung der Grenzen ein fast unlösbares Problem, da wirtschaftliche und verteidigungspolitische Rücksichten neben den rein ethnologischen zu nehmen waren. Die Verteilung der Völkerschaften im ostmitteleuropäischen Raum liess geschlossene Nationalstaaten kaum zu. Die Friedenskonferenz war nicht in der Lage, das Staatensystem in diesem Raum nach allseits anerkannten Prinzipien zu ordnen und diese Ordnung durchzusetzen. Die an Ort und Stelle wirkenden Kräfte stellten sich dem entgegen und erzwangen Kompromisse, die mit Widerwillen angenommen wurden. Fern davon, bis ins letzte für die Schaffung einer dauerhaften Ordnung massgebend zu sein, wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker später immer wieder als

Argument für verschiedenste Revisionsbestrebungen in Anspruch genommen.

Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger in einem Gebiet, wo sein Herrscherhaus und das von ihm geführte Reich autokratische Machtpolitik verfolgte, war der Anlass zum Ausbruch des Weltkrieges gewesen. Die imperialen Allüren des deutschen Kaisers, sein Bramarbasieren und Säbelrasseln hatten nicht wenig zu der Atmosphäre beigetragen, in der aus dem österreichisch-serbischen Konflikt ein allgemeiner europäischer Krieg werden konnte. Die monarchische Staatsform in ihrer mitteleuropäischen Ausprägung war, in den Augen des amerikanischen Präsidenten, weit eher geeignet, die Nationen in Kriege zu verwickeln als die Demokratie. So könnte, nachdem sie am deutschen Wesen gelitten, die Welt am demokratischen Prinzip genesen. War die Welt sicher für die Demokratie, so würde die Freiheit im Innern der Staaten gedeihen und der Friede zwischen den Staaten besser gewährleistet sein. Und die Demokratie würde der Geheimdiplomatie ein Ende setzen. Selbst Grossbritannien und Frankreich mit ihrer demokratischen Tradition brachten aber den Beweis nicht, dass diese Staatsform grössere Friedfertigkeit erzeugte. Lloyd George glaubte in den nach dem Waffenstillstand und vor der Friedenskonferenz gehaltenen Wahlen seinem Volk versprechen zu sollen, dass die Deutschen Retribution auf Heller und Pfennig zu leisten haben würden. Die französische Nation verlangte von ihren Führern nicht weniger. Die Gespräche der Diplomaten hinter verschlossenen Türen hatten den Krieg nicht verhindert. Es musste sich erst noch erweisen, ob die Reden der Staatsmänner bei offenen Fenstern zu besseren Resultaten führten.

Der Glaube an die Demokratie war den Amerikanern eigen. Man vergass jedoch zu bedenken, dass das verfassungsmässige Instrumentarium der Demokratie nicht genügt, um diese Staatsform zu wahren. Wenn die Institutionen nicht aus dem Geist einer bestimmten Ordnung originell gestaltet werden, so erweisen sie sich rasch als brüchig. Keine der neu geschaffenen Demokratien oder konstitutionell-parlamentarischen Monarchien hatte Bestand. Weder die äusseren noch die inneren Verhältnisse liessen die Welt nach Versailles sicher für die Demokratie erscheinen.

Der Völkerbund war der Versuch einer umfassenden Weltordnung und der Ansatz zu einer Weltregierung. Sein Zweck war die Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für grosse und kleine Staaten. Das setzte, in dieser Formulierung der Vierzehn Punkte, voraus, dass für jeden Mitgliedstaat ein territorialer Bestand geschaffen wurde, der ihn voll befriedigte. Darüber hinaus musste er vorbehaltlos den Bestand seiner Nachbarn anerkennen – eine Voraussetzung, die zu schaffen gerade am Ende des Ersten Weltkrieges noch weniger möglich war als vorher. Der Völkerbund sollte andere Mittel

als kriegerische Auseinandersetzung zur Austragung von Konflikten bereitstellen und damit die Aufrechterhaltung von grösseren Streitkräften, als zur Aufrechterhaltung nationaler Sicherheit notwendig waren, entbehrlich machen. Der Völkerbund wurde auf Wilsons Drängen vor der Unterzeichnung der Friedensverträge von der Vollversammlung der Friedenskonferenz am 28. April 1919 angenommen. Die Verträge hätten sich also nach der Völkerbundsakte richten müssen, die in diesem Sinne eine Weltverfassungsordnung geworden wäre. Das jedoch war nicht der Fall. Es hätte vielleicht gelingen können, nach der Ausarbeitung von akzeptierten Friedensverträgen, nach der Herstellung einer tatsächlichen Friedensordnung einen Völkerbund zur Erhaltung des geschaffenen Staatensystems zu schliessen. So aber wurde der Völkerbund zum vornherein zu einer Organisation der Sieger, bestimmt, einen Status quo aufrechtzuerhalten, welcher von zu vielen mehr oder weniger deutlich angefochten war. Man schloss einen Völkerbund, dessen ideeller Gehalt ganz anders war als der Geist, aus dem heraus die konkreten Bestimmungen des Vertrages gesetzt wurden. Der Völkerbund war damit unglaublich. Die Vertragsbestimmungen mussten von der Verfassung des Völkerbundes her, wenn durch nichts anderes, zum grossen Teil als ungerecht erscheinen.

Russland und Amerika, zurückgezogene Grossmächte

Die Welt war nach den Friedensschlüssen von 1919/20 von einer mächtigen Spannung zwischen bewahrenden und erneuernden Mächten und Kräften erfüllt. Die Spannung war um so gefährlicher, als sie in ihren Polen nicht leicht zu fassen war, wie stark sie auch gefühlt wurde. Sie bestand zwischen den einzelnen politischen Mächten, sie ging aber auch mitten durch die Nationen hindurch.

Europa stand, worüber es sich wenig Rechenschaft gab, zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrussland. Das letztere war zur Zeit der Friedensverhandlungen noch mitten in seinen revolutionären Wirren; das neue System musste sich erst noch behaupten, aber allmählich wurde sichtbar, dass das bolschewistische Regime nicht der zaristischen Reaktion weichen würde. Es barg ein Schreckenspotential in sich: noch blieb ungewiss, ob nicht doch ähnliche Revolutionen sich in Mitteleuropa abspielen würden, auch nach dem Zusammenbruch des Spartakistenaufstandes in Berlin und dem Versuch Bela Kuns in Budapest. Es wurde zu einem Experiment, dem die westliche Welt mit einem Gemisch von Abscheu und Überheblichkeit oder einem solchen von Verwunderung und Bewunderung zuschaute. Das entsprach der Verheissung in der kommunistischen Botschaft oder Lehre und der Härte der Methoden, mit denen die Machthaber versuchten, die Lehre in die Wirklichkeit umzusetzen. Zu Beginn der zwanziger Jahre ver-

suchte der Kommunismus in Russland alle Überlieferung der alten Zeit zu zerschlagen und in sämtlichen Bereichen des Lebens neu zu beginnen. Zur gleichen Zeit begann er der nachhaltigen Agitation im Ausland zu entsagen und sich auf den «Sozialismus in einem Lande» zu beschränken. Die erste aussenpolitische Verbindung kam mit dem Rapallovertrag von 1922.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten die entscheidende Wendung des Krieges herbeigebracht. «Mr. Wilson's War» bedeutete einen Bruch mit der von Washington begründeten Tradition, sich vor Verstrickung in fremde Händel zu hüten. Das wilhelminische Deutschland hatte es fertig gebracht, dass der Präsident zugunsten der westlichen Alliierten alle Widerstände durchbrechen konnte. Das demokratische und hochtechnisierte Amerika hatte als Grossmacht eine Sendung. Es schien, als ob Wilson die Vereinigten Staaten in den Krieg gezogen habe, um beim Friedensschluss dabei zu sein und hier die Botschaft Amerikas nach Europa bringen zu können. In seinem Präsidenten und dessen politischen Bestrebungen war Amerika revolutionär-erneuernd. In der Haltung seiner Bevölkerung war es mehrheitlich konservativ. Die Nation war eher bereit, zu der Welt vor 1914 zurückzukehren als das neue Abenteuer aktiver Weltpolitik zu wagen. Sie versagte schliesslich dem Präsidenten die Gefolgschaft. Der Senat ratifizierte den Friedensvertrag nicht. Als Wilson den Völkerbund zur Wahlplattform machte, wurde er geschlagen. Seine Nachfolger führten Amerika nicht nur in den Isolationismus zurück, sondern sie waren auch nicht bereit, in der Frage der Begleichung der Kriegsschulden von den Grundsätzen alter internationaler Finanzpolitik abzuweichen. Die Grossmacht sehnte sich nach der Provinz zurück. Während Russland infolge seiner Revolution machtlos war, in die Welt auszugreifen, und sich auf sich selbst zurückzog, um später sich um so stärker fühlbar zu machen, verzichtete Amerika darauf, eben dem Völkerbund, der den Frieden hätte sichern sollen, seine Stärke zu geben. Beide aber waren sie Grössen, mit denen die Welt rechnen musste, ohne dass sie selbst diese Grösse hätten zur Geltung bringen können oder wollen.

Deutschland ohne Kompass

Die Spannung zwischen Altem und Neuem ging mitten durch das besiegte Deutsche Reich, das jetzt zur Republik geworden war, aber seinen stolzen überlieferten Namen beibehielt. Die Wiederherstellung dessen, was vorher gewesen, war ihm weder erlaubt noch möglich. Es sollte kein mächtiger, wirtschaftlich starker, von einem einhelligen Willen bewegter, von einer starken Führung geleiteter Staat sein. Denn ein solcher Staat hatte die kriegsrische Auseinandersetzung gesucht in der Hoffnung, die Macht über den Kontinent gerade durch einen Sieg auf dem «Felde der Ehre» zu befestigen. Dass der Versuch scheiterte, war nicht eindeutig genug ein

Grund für die Deutschen, alten Träumen und Wünschen, einer alten Ordnung zu entsagen und eine neue nationale Lebensform als Volk in der europäischen Völkergemeinschaft zu beginnen. Dass der Versuch unternommen worden, war für die Sieger der Grund, von den Deutschen die Schaffung einer neuen Staatsordnung zu verlangen. Die Flucht Wilhelms II. nach Holland diskreditierte das Kaisertum für die Deutschen nicht hinreichend. Die Republik war die Folge der Niederlage, in den Augen vieler der Nation aufgezwungen. Und die Republik nahm notgedrungen in ihrem Apparat vieles mit, was aus der alten Zeit stammte und deswegen an sich nicht schlecht zu sein brauchte. Die radikale Erneuerung im Zeichen des Kommunismus scheiterte in der Revolte. So entstand der Volksstaat nicht als Errungenschaft, nicht in einem Moment des Triumphes über alte ausgehöhlte innere Mächte, nicht als Leistung der Nation, sondern als ein Gebilde der Verlegenheit. Und er reihte sich unter die andern ein unter den Bedingungen, die diese als Sieger gestellt hatten. Die Deutschen hatten Millionen von Männern auf den Schlachtfeldern verloren. Diesen Verlust teilten sie mit andern. Sie verloren darüber hinaus Gebiet und Einwohner, Bodenschätze und Produktionsstätten. Sie verloren militärische Macht, Schiffe und Kolonien. Sie sahen sich einer gewaltigen Forderung nach Reparationen gegenüber: sie sollten Schuldner bleiben, damit sie sich erinnerten, dass sie Schuldige waren. Dieses Land konnte am Anfang der zwanziger Jahre keine Politik formulieren, vermochte sich keine Ziele zu setzen, konnte keine Hoffnung fassen sondern höchstens erwarten, dass es irgendwann und irgendwie aus diesem Elend herauskäme. Die Härte der Friedensbedingungen verhinderte, dass die Deutschen eine andere Haltung als die der Verzweiflung oder des zähneknirschenden Trotzes annahmen, schlechte Voraussetzungen für Wiederaufbau, Neuschöpfung, Reformation. Die Republik gab sich eine Verfassung, die so, wie sie auf dem Papier stand, ein ausgewogenes Werk war, das vernünftigen Politikern einen festen Grund hätte geben können. Aber wer vermochte in dieser Situation schon vernünftig zu sein. «Grossartige Zeit für Lumpen und Esel», lässt ein Schriftsteller einen seiner Charaktere – einen Vertreter der «alten Ordnung» – sagen. Und dieses Deutsche Reich hatte keine Freunde und keine Verbündeten – es war nicht Mitglied des Völkerbundes, und noch war in keiner Weise auszumachen, mit welchem anderen Land es engeren Kontakt zuerst wieder finden könnte. Die Überraschung über den Rapallovertrag war auch in Deutschland nicht gering.

Ostmitteleuropa, altes Problem in neuer Gestalt

Die Niederlage Russlands und die Zerschlagung Österreich-Ungarns erforderten die Neuorganisation des ost-mitteleuropäischen Raumes mit seinen

vielen Völkerschaften. In den vorangegangenen drei Jahrhunderten hatte sich dafür die imperiale Lösung durchgesetzt, indem Österreich, Preussen, Russland und das Osmanische Reich die kleinen Nationen unterwarfen. Der Zerfall des letzteren hatte im Süden die Nationen wieder selbständig werden lassen. Jetzt war die Stunde der Befreiung in der nördlichen Hälfte des Streifens gekommen.

Die «Nachfolgestaaten» konnten sich verschieden schnell konsolidieren. Polen kämpfte durch das ganze Jahr 1920 hindurch, jagte dem Traum eines Grosspolen nach, drang bis weit nach Russland hinein vor, wurde wieder zurückgeworfen, konnte mit alliierter Hilfe seine Hauptstadt retten und schloss endlich mit Russland am 18. März 1921 den Frieden von Riga. Es stritt mit Litauen um Wilna, das ihm nach langem Hin und Her 1923 zugesprochen wurde. Mit Deutschland zankte sich Polen um Oberschlesien, wenig wählerisch in seinen Mitteln. Es verhinderte einen Entscheid auf Grund des Plebiszits, welches eindeutig zugunsten Deutschlands ausfiel, musste sich aber, 1922, mit der Teilung begnügen. Das Gebiet von Teschen fiel grösstenteils an die Tschechoslowakei. Die baltischen Staaten und Finnland schlossen im Verlauf der Jahre 1920 und 1921 Frieden mit Russland. Litauen sicherte sich Sonderrechte im Memelgebiet. Für die nächste Zeit konnten sich diese Länder vor Russland sicher glauben. Polen lehnte sich früh an Frankreich, dem Verbündeten im 16. und 17. Jahrhundert, an und schloss mit ihm bereits 1921 einen Vertrag.

Saturierte und Malkontente

Die Tschechoslowakei hatte in ihrem sich lang von Westen nach Osten erstreckenden Gebiet mit insgesamt fast 4000 Kilometern Grenze eine grosse Zahl von Minderheiten: Deutsche, Magyaren, Karpatho-Ukrainer, Polen. Die Slowaken ihrerseits waren gegenüber den Tschechen in der Minderheit und wirtschaftlich rückständig. Aber im ganzen gehörte die Tschechoslowakei zu den saturierten Staaten, sie war in den Friedensverhandlungen gut vertreten gewesen und gut weggekommen. Das führte rasch zu einer Verbindung mit jenen andern Staaten, die sich in ähnlicher Situation befanden: Rumänien und Jugoslawien. Rumänien behielt den südlichen Teil der Dobrudscha, den es nach dem Balkankrieg 1913 Bulgarien abgenommen hatte, Bessarabien und Siebenbürgen. Der Besitz von Siebenbürgen brachte es in Feindschaft mit Ungarn, Russland protestierte gegen die Annexion von Bessarabien. Jugoslawien vereinigte in sich Serben, Kroaten und Slowenen, die sich schwer zusammenfanden. Mit Mühe kam ein Ausgleich der Interessen zwischen Jugoslawien und Italien im Gebiet von Fiume und betreffend Albanien zustande. Noch 1920 war Albanien bereit, Italien als Mandatsmacht anzuerkennen, doch ein paar Monate später wurde es

unabhängig; seine Grenzen sollten von Italien festgelegt werden. Wenig danach, im August 1923, löste die Ermordung eines italienischen Generals und seiner Equipe, die mit der Grenzziehung beschäftigt war, den Korfu-Zwischenfall aus. Italien drohte, Korfu zu nehmen. Nur mit Mühe gelang es, einen offenen Konflikt zu vermeiden.

Italien kam kaum als Sieger aus dem Krieg, nur als ein Land auf der Seite der Sieger, und es ging unbefriedigt von der Konferenz. Es fasste weder an der dalmatinischen Küste Fuss, trat also dort nicht das Erbe Venedigs an, noch in Kleinasien, noch erhielt es eine der ehemals deutschen Kolonien. Nur Südtirol fiel ihm zu. Es hatte so viele Ressentiments wie die Verlierer, war ebenso bereit zu Revision und wurde ebenso ein Opfer eines Diktators wie jede andere ratlose Nation.

Die drei saturierten Staaten Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien fanden sich in der «Kleinen Entente» zusammen, der direkte Verträge zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien und Jugoslawien und Rumänien zugrunde lagen. Die tschechischen Verbindungen zielten auf eine Absicherung gegen das in seinem Bestand arg dezimierte Ungarn, die jugoslawisch-rumänische war daneben auch gegen Bulgarien gerichtet. Da Rumänien wie Polen russische Revisionsansprüche früher oder später zu fürchten hatten, schlossen sich auch diese beiden Länder in einem Bündnis zusammen. Die «Kleine Entente» verband sich wie Polen mit Frankreich, das sich auf diese Weise Partner auf der Ostseite Deutschlands und im westlichen Vorfeld Russlands zu sichern hoffte.

Ungarn und Österreich, die beiden staatstragenden Länder der alten Monarchie, gingen schwer geschädigt aus dem Krieg und dem Frieden hervor. Beide bedurften der wirtschaftlichen Unterstützung der Siegermächte und erhielten sie auch. Sie stritten sich um die Stadt Oedenburg und den sie umgebenden Teil des Burgenlandes, wobei die ungarischen Ansprüche schliesslich durchdrangen. In Ungarn versuchten die Habsburger 1921 den Thron zu erlangen: Ungarn hatte die Monarchie nie formell abgeschafft und war auch durch den Vertrag von Trianon nicht dazu gezwungen worden. Unter tschechischem Druck gab die habsburgfreundliche Partei nach, Ex-Kaiser Karl wurde ausgeschlossen, aber auch jetzt noch behielt sich Ungarn das Recht zur Rückkehr zur Monarchie ausdrücklich vor.

Die Türkei war durch den Vertrag von Sèvres auf Anatolien und Konstantinopel reduziert worden. Griechenland setzte sich in Smyrna fest, Zilizien fiel an Frankreich als Mandat, der Südwesten von Kleinasien wurde Italien als Interessensphäre zugeteilt, für Armenien war Selbständigkeit vorgesehen. Eine interalliierte Kommission überwachte die Meerengen, eine andere die Finanzen. Gegen diese Bestimmungen sammelte Mustafa Kemal

die Türken und bereitete den Widerstand vor, der sich im Jahr 1922 als erfolgreich erweisen und zum Vertrag von Lausanne 1923 führen sollte. Die Türkei erhielt volle Selbständigkeit und territoriale Integrität. Die arabischen Länder freilich blieben abgetrennt. Armenien gewann keine Selbständigkeit – es wurde zwischen der Türkei und Russland aufgeteilt, zum unbeschreiblichen Elend und Schaden seines Volkes, dem der Polarforscher Nansen in einer grossangelegten Aktion einige Hilfe brachte. Zu leiden hatten die in Kleinasien sesshaften Griechen, die umgesiedelt wurden.

Erfolgreicher und enttäuschter Orient

Die ehemals unter türkischer Hoheit stehenden arabischen Länder blieben abgetrennt. Das ersehnte arabische Reich jedoch wurde nicht Wirklichkeit; nur die arabische Halbinsel wurde dem Emir Hussein überlassen, der 1924 dem Wahabiten Ibn Saud weichen musste. Das Übrige teilten Grossbritannien und Frankreich unter der Form der Völkerbundsmandate: Irak, Palästina und Transjordanien, Syrien. Hier liegt der flagranteste Verstoss gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker vor, ironischerweise in unmittelbarer Nachbarschaft mit dem zaghaft-kühnsten Versuch der Verwirklichung, der Gewährung einer jüdischen «Heimstätte» in Palästina. Mit einem unruhigen Ägypten, dem zwar Unabhängigkeit gewährt, aber die Erlaubnis zur Präsenz britischer Truppen abgezwungen wurde, war der Vordere Orient nicht minder spannungsgeladen als das östliche Mitteleuropa. Radikal erneuernd ging die Türkei im Innern vor: Mustafa Kemal versuchte aus dem im territorialen Besitzstand verkleinerten Land mit seiner Diktatur das Beste in der Modernisierung zu machen. Es war ihm gelungen, aus der Niederlage einen Sieg zu holen. Die arabischen Völker gehörten zu den bitter Enttäuschten, sie aber waren auch am wenigsten bereit, im Innern eine modernere Ordnung zu schaffen. Es war nicht nur der Konservatismus ihrer eigenen angestammten Führer, es war ebenso sehr die imperialistische Tradition und Politik der beiden Siegermächte Frankreich und Grossbritannien, die eine tiefgreifende Erneuerung verhinderte.

Die Bewahrer in Europa

Frankreich und Grossbritannien waren jene Mächte, die am eindeutigsten einen restituierenden Frieden und eine Rückkehr zur Welt von vor 1914 suchten. Frankreich, weil es auf seinem Gebiet am ärgsten heimgesucht und in der Substanz seiner Bevölkerung am schwersten getroffen worden war. Seine Staatsordnung jedoch blieb intakt. Sein Streben ging dahin, das Gesicht des Landes wieder herzustellen und zu verhindern, dass sich eine deutsche Invasion noch einmal wiederholen würde. Dafür wollte es Garan-

tionen und Leistungen. Die Lage Europas war derart, dass Frankreich, wie nicht mehr vorher seit Ludwig XIV. und Napoleon, die grosse Macht auf dem Kontinent schien und gleichzeitig ängstlich wie eine mittlere oder kleine Macht nach Sicherungen trachtete. Da die Friedenskonferenz in Paris tagte und Clemenceau die stärkere Persönlichkeit als Wilson war, konnte es seinen Willen gegen die vom amerikanischen Präsidenten proklamierten Grundsätze der Friedensordnung durchsetzen. Frankreich schuf damit eine Ordnung, die neue Machtverhältnisse festlegte, aber keinen Frieden im Sinne einer Aussöhnung ausmachte, nicht weil es Macht besass, sondern das grösste Prestige und den Einfluss der öffentlichen Meinung seiner Bevölkerung am unmittelbarsten auf die Friedenskonferenz zur Wirkung bringen konnte. Eine Ordnung, die es, wie sich erweisen sollte, auf die Dauer aufrechtzuerhalten nicht die realen Mittel hatte und auch nicht schaffen konnte, wie sehr es das auch am Beginn der zwanziger Jahre noch versuchte. Eine Ordnung, die es je länger desto weniger als gerecht ausgeben konnte. Das neue Europa nach französischem Schnitt musste ein Merkmal tragen: Keine bedeutende Macht in der Mitte des Kontinents und einen Gürtel von kleineren Staaten als «cordon sanitaire» im Osten zwischen Deutschland und Russland. Damit liesse sich wohl die Vormachtstellung aus der Defensive halten, ohne eine gemeinsame Teilhabe aller Europäer am Frieden notwendig zu machen. Zu solcher gemeinsamer Teilhabe war aber Frankreich nicht bereit, weil es zum besiegten Feind kein Vertrauen hatte. Der Friede nach französischer Auffassung war Restitution Frankreichs, nicht aber Restitution Europas. Man ist versucht zu sagen, Frankreich sei der allein Schuldige an dem verfehlten Frieden, wenn schon Deutschland der Schuldige an dem vorangegangenen Krieg gewesen sein sollte. Das eine wäre so falsch wie das andere. Vieles an dem, was Frankreich erstrebte, war überspannt und ungerecht, fast alles kurzfristig, und dennoch ist sein Verhalten in Anbetracht der nur kurze Zeit zurückliegenden unmittelbaren Schrecknisse des Krieges verständlich, ausser dem einen, dass die aus der Erfahrung des Krieges herrührenden Emotionen die Staatsraison nährten, welche einen Frieden hätte schaffen sollen, dass aus diesen Emotionen Argumente geholt wurden, um konkrete Bestimmungen einer Friedensordnung zu begründen. Und im Innern war die Dritte Republik das, was sie vorher gewesen war, ein System von Parteien und Gruppierungen, die um die Regierung zankten mit einem Volk im Rücken, das Ruhe und keinen Krieg mehr wollte. Erweitert hat Frankreich seine Macht in Übersee; nach dem Ersten Weltkrieg setzte es zur Fortsetzung der Dissemination der französischen Zivilisation in seinen Kolonien an.

Grossbritannien konnte den Voraussetzungen nach am ehesten den Weg zurück suchen. Es war vom Krieg direkt nicht versehrt worden, seine politische Struktur war unerschüttert, es war beinahe intakt. Nur seine Wirt-

schaft war durch den Krieg betroffen. Das Finanzzentrum der Welt musste sich in ver-rückten Umständen neu orientieren, die grösste Handelsmacht fand veränderte Marktverhältnisse vor. Das Industriepotential war unvermindert, durch den Krieg sogar vergrössert, wenn auch auf Zweigen, die für den Frieden nicht direkt wertvoll waren. Die neuen Verhältnisse jedoch hätten viele Umstellungen erheischt, deren Notwendigkeit man nicht einsah. Die wichtigsten Zweige britischer Exportproduktion, Schiffbau, Kohlenförderung und Textilindustrie hatten ihre Märkte zum Teil verloren und mussten sich neuen anpassen: die alten Abnehmer waren nicht mehr vorhanden oder hatten neue Lieferanten gefunden, die sie zu günstigeren Bedingungen beliefern konnten. Gerade deshalb, weil im Inselreich so vieles unverändert schien, erfassten die Briten die Veränderungen auf dem Kontinent nicht in ihrer vollen Tragweite und vermochten es nicht, ihnen im eigenen Land Rechnung zu tragen. Sie zogen sich, den Amerikanern nicht ganz unähnlich, auf sich selbst zurück, wenngleich die Regierung an den europäischen Konferenzen teilnahm und sich mit den europäischen Fragen zu befassen hatte, wenngleich gerade in Grossbritannien eine starke Unterstützung in der gebildeten Öffentlichkeit für den Völkerbund vorhanden war. Die eine grosse Erschütterung waren die Unruhen in Irland, dem am Ende des Jahres 1921 weitgehende Unabhängigkeit zugestanden wurde. Dass es diese nicht vollständig erhielt, war der Grund eines zwei Jahre dauernden Bürgerkrieges. Die übrigen Dominions erlangten dank ihrer Teilnahme an der Friedenskonferenz ein weiteres Mass von Selbständigkeit. In Indien waren während des Krieges neue Reformen begonnen worden, die jedoch die indischen Bestrebungen nach Selbständigkeit nicht zum Stillstand brachten, sondern weiter nährten. Das Kolonialreich wurde durch die bereits genannten Mandatsgebiete im vordern Orient und in Afrika erweitert.

Weltwirtschaft, Alltag des Friedens

Im Fernen Osten setzte Japan seinen Industrialisierungsprozess fort und wurde bald der westlichen Welt auf den Märkten gefährlich. Es reihte sich auch 1921 am Konferenztisch in Washington unter die grossen Seemächte ein und wurde die drittgrösste Seemacht. Es vermochte weitgehend eine internationale Regelung des Friedens im ostasiatischen Raum zu verhindern, zog sich zwar aus einer Reihe von Positionen zurück, um später, bei günstigerer Gelegenheit sie wieder und um so besser zu nehmen.

Mühsam nur kam die Weltwirtschaft wieder in Gang, jenes System, das vor 1914 einen hohen Grad von Integration und Effizienz erreicht hatte. Nicht nur die Zerstörungen der Produktionsstätten und der Verbindungswege, sondern mehr noch die Verwirrung in den Währungsverhältnissen

und die Veränderung der politischen Grenzen, vor allem aber die gegenseitige internationale Verschuldung waren die Ursache dafür, dass eine prosperierende und funktionierende Weltwirtschaft nicht mehr und schon gar nicht in den ersten Jahren nach dem Friedensschluss in Gang kam.

Vieles Einzelne war noch zu regeln. Konferenz folgte auf Konferenz. Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung traten regelmässig zusammen, bemüht, eine Prozedur festzulegen, die die Weltorganisation funktions-tüchtig machte, bemüht, und in einigen Fällen erfolgreich, kleinere Konflikte wie die Frage der Aaland-Inseln, des Memellandes und der albanischen Grenzen zu schlichten. 1921 war in Europa kein Krieg zu befürchten. Nur hinten, weit in der Türkei, schlugen die Völker aufeinander, doch der Europäer konnte Friede und Friedenszeiten noch nicht segnen. Der Alltag des Friedens war für Millionen Menschen grau. Wenn man ihnen gesagt hätte, dass dereinst die zwanziger Jahre golden genannt würden, so hätten sie den Kopf geschüttelt. Sie waren es ja auch für die wenigsten. Der Silberstreifen am Horizont war das meiste, was sie erwarten konnten. Sie mussten froh sein, wenn sie ihn sahen. Die Politiker lebten in ihrer Staatskunst nicht weniger von der Hand in den Mund, als der Mann auf der Strasse es tatsächlich tat. Zwar beruhigte sich die Welt etwas in den nächsten Jahren. Es schien möglich, Fortschritte in dieser Friedensordnung zu machen. Bis zehn Jahre nach dem Friedensschluss die Wirtschaft aus den kümmerlichen Fugen geriet und nachher die politische Probe kam, der die Welt nach der Ordnung von Versailles nicht standhielt, weil die Mächte, die sie geschaffen hatten, sie nicht für verteidigungswürdig hielten, nicht halten konnten.

Die Schweiz im Jahre 1921

BEAT JUNKER

Der Blick zurück: verwirrende Vielfalt – fragwürdige Optik

Wer die Schweiz vor fünfzig Jahren schildern will, begegnet Schwierigkeiten, die jedem Erforscher der Zeitgeschichte vertraut sind: Er erschliesst nur mühsam intimere, private Quellen neben den überreichlich fliessenden öffentlichen und überblickt die Geschehnisse noch nicht genügend, um sie alle sinnvoll zu gliedern und in grössere Zusammenhänge einzuordnen. Darüber hinaus aber will es ihm nicht recht gelingen, im Leben des Schwei-